

**Frank Bsirske**

**Rede zur gemeinsamen Antikriegstags-Veranstaltung  
der Kooperation für den Frieden und der Gewerkschaft ver.di**

**am 31. August 2009 in Berlin**

[Anrede]

Vor 70 Jahren, am 1. September 1939 überfiel Hitler-Deutschland Polen. Das war der Beginn des 2. Weltkriegs. Wir wollen nie den Holocaust und den verbrecherischen Krieg der deutschen Wehrmacht vergessen, der Millionen und Abermillionen Menschen das Leben kostete und den Überlebenden unendlich viel Leid zufügte.

1945, mit der Befreiung vom Faschismus wuchs die Hoffnung auf eine friedlichere Welt. Dies ist in Europa seit Jahrzehnten Wirklichkeit geworden, in anderen Regionen erfüllte sie sich nicht.

Auch das Ende der Ost-West-Konfrontation hat die Menschheit dem globalen Frieden nicht wirklich näher gebracht. Die Zahl der Atommächte und der bewaffneten Konflikte steigt. Konflikte um die Verteilung knapper werdender Ressourcen, scheiternde Staaten und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bedrohen die kollektive Sicherheit in vielen Regionen unserer Welt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird das Leben vieler Millionen Menschen durch Krieg, Gewalt und Vertreibung bestimmt. Und auch der sogenannte Krieg gegen den Terror hat die Welt nicht sicherer gemacht.

Angesichts der Weltwirtschaftskrise fragen wir uns heute, kann die Krise Kriegsgefahren verschärfen?

Jetzt – im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise - wird die Kluft zwischen Wohlstands- und Armutzonen durch die Krise weiter vertieft, die ja auch eine Hungerkrise vor allem in den Ländern des Südens ist. Wir leben in einer Welt, in der die reichsten 15 Prozent der Weltbevölkerung

- fast 90 Prozent des Weltkonsums,
- fast 60 Prozent der Weltenergie,
- gut 80 Prozent des Welteinkommens für sich beanspruchen.

Dem ärmsten Fünftel der Menschheit stehen

- gerade einmal 1,3 Prozent des globalen Konsums
- und 4 Prozent der Energie zur Verfügung.

Dabei haben sie kaum Zugang zu ausreichender Nahrung, zu Trinkwasser und zu medizinischer Versorgung.

Wer heute Krisen und Kriege beenden und künftig verhüten will, der muss die zentralen sozialen Probleme weltweit angehen und die sichere Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen auf Platz 1 der politischen Agenda setzen. So sollte eine nachhaltige Sicherheits- und Friedenspolitik verstanden werden.

Doch was tut die Bundesregierung? Was macht die NATO?

Tatsache ist freilich, dass die Akzente anders gesetzt werden. Gigantische Summen, alles öffentliche Steuermittel von Bürgerinnen und Bürgern, fließen nach wie vor in die Rüstungs- und Kriegskassen vieler Staaten. Statt den Ursa-

chen der Konflikte auf den Grund zu gehen, statt Hunger, Armut, Analphabetismus, medizinische Unterversorgung und ungenügenden Zugang zu Trinkwasser systematisch zu verringern, wird weiter aufgerüstet, werden hunderte von Milliarden US-Dollar für die Entwicklung neuer Waffensysteme, für Raketenschuttschilde, für modernste Fregatten, für Tarnkappenbomber und gepanzerte Transportsysteme aufgewandt.

Das Stockholmer Institut zur Internationalen Friedensforschung veröffentlichte im Juni 2009 aktuelle Daten über die forcierte Aufrüstung. Der von den USA ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ hat die weltweiten Rüstungsausgaben auf neue Rekordhöhen getrieben. 2008 wurden umgerechnet 1,464 Billionen US Dollar für militärische Zwecke ausgegeben. Real stiegen die Rüstungsausgaben gegenüber 2007 um 4 Prozent, gegenüber 1999 betrug der Zuwachs 45 Prozent. Diese gigantische Summe für Militärausgaben in der Welt übertrifft das globale Volumen für Entwicklungshilfe mehrfach um ein Vielfaches.

Nach Berechnungen des Stockholmer SIPRI-Institutes lag Deutschland 2008 mit 46,8 Milliarden US-Dollar in der Rangliste der Länder mit den höchsten offiziellen Militärausgaben auf dem sechsten Platz - eine Tatsache, die im öffentlichen Bewusstsein nicht präsent ist und diskutiert wird.

Gestiegen sind auch die Waffenexporte.

80 Prozent der globalen Waffenexporte entfallen auf nur fünf Länder, unter diesen fünf „größten“ Waffenexporteuren befinden sich neben Deutschland die USA, Russland, Frankreich und Großbritannien. Deutschland ist mit einem Weltmarktanteil von zehn Prozent drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Dabei sind die deutschen Rüstungsexporte nach Erhebungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri in den vergangenen fünf Jahren um 70 Prozent gestiegen. Allein die Ausfuhren an europäische Länder haben sich laut dem Stockholmer Institut in den Jahren 2004 bis 2008 gegenüber dem Zeitraum von 1998 bis 2003 mit einer Zunahme von 123 Prozent mehr als verdoppelt.

All das erfüllt uns mit Sorge. – Wir lebten in einer friedlicheren Welt, wenn es gelänge, diese Mittel umzulenken zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen. Das Recht auf Nahrung, Bildung und Gesundheit zu verwirklichen, ist finanzierbar. Hier gilt es einzuschätzen, dass nicht zuletzt eine vielen als ausweglos erscheinende Lebenswelt Hintergrund und Ursache ist für Aufstände und für kriegerische Konflikte und die Verteilung von Ressourcen zwischen unterschiedlichsten Interessengruppen. In vielen Regionen der Welt werden um natürliche und wirtschaftlich bedeutsame Ressourcen Kriege geführt und werden Konflikte mit militärischer Gewalt ausgetragen. Menschen sterben, leiden Not, sind auf der Flucht. Betroffen davon sind auch Regionen, in denen Staaten über Atomwaffen verfügen oder in denen die Gefahr der Verbreitung besteht. Und dabei richtet sich unser Blick natürlich in besonderer Weise auf Afghanistan.

8 Jahre nach dem „11. September“ eskaliert in Afghanistan die Gewalt - und das nicht nur dort, sondern inzwischen auch in Pakistan. Die Region ist zwischenzeitlich viel weiter weg vom Frieden als noch zu Beginn der westlichen Intervention am Hindukusch Ende 2001.

Gleichzeitig sind beinahe hunderttausend ausländische Soldaten in Afghanistan stationiert, gut 60.000 US-Soldaten und mehr als 30.000 aus weiteren Nato- und Nicht-Nato-Staaten. Truppenkontingente aus insgesamt 42 Staaten kämpfen z. Zt. gegen die verschiedenen oppositionellen bewaffneten Kräfte, die ein deutlich breiteres Spektrum umfassen, als der Sammelbegriff Taliban vermuten lässt.

Deshalb spricht die Nato intern auch und relativ neutral von „opposing armed forces“, die Bezeichnung Taliban wird allein für die Öffentlichkeitsarbeit benutzt.

Die meisten dieser internationalen Soldaten werden im Kontext der Schutztruppe ISAF eingesetzt, sind aber freilich in ihren Einsätzen schon länger oft nicht mehr von den Aktiven der Anti-Terror-Mission Enduring Freedom zu unterscheiden. Beide Missionen versuchen durch Militäraktionen die Lage in Afghanistan zu stabilisieren, tun das aber mit sichtbar abnehmendem Erfolg. Tatsächlich müssen wir eine drastische Zunahme so genannter sicherheitsrelevanter Ereignisse konstatieren. Mittlerweile ist die Rede nicht mehr nur von einem Aufstand, sondern von Aufständen.

US-Verteidigungsminister Gates gesteht ein, dass große Teile Afghanistans fest im Griff der Taliban sind und ein Sieg viele Jahre des Krieges erfordern würde. Niederlande und Kanada haben auf der Basis dieser Analyse für 2010 und 2011 ihren Rückzug angekündigt.

Vor zwei Wochen bewertete Bundeswehradmiral und Ex-Planungsstabchef Ulrich Weisser in einem Beitrag für die FR (16.8.2009) die Situation für die dortigen Bundeswehrsoldaten als Zumutung. Wörtlich sagt er: „Bundesregierung und Parlament haben bislang nicht überzeugend dargelegt, warum deutsche Soldaten überhaupt in Afghanistan eingesetzt sind und dort womöglich zu Tausenden über Jahrzehnte bleiben sollen.“

Tatsächlich treffen wir in der deutschen Afghanistan-Debatte auf etliche Eigentümlichkeiten

- Das beginnt damit, dass es eigentlich gar keine Debatte gibt, sondern ein Tabu. Je mehr in Afghanistan gekämpft wird, desto weniger ist es Thema im Wahlkampf. Noch nie war die Lage so gefährlich für deutsche Soldaten, selten war die Ablehnung eines Einsatzes in der Bevölkerung so groß – und noch nie war so wenig Streit zwischen den Parteien!
- Die Eigentümlichkeiten setzen sich im offiziellen Wording fort.  
Wenn die Bundeswehr fast täglich in Feuergefechte mit Talibankämpfern verwickelt wird, wenn Soldaten in Kampfhandlungen sterben, dann ist das Krieg und nicht „eine andere Situation“, wie Verteidigungsminister Franz-Josef Jung das auszudrücken pflegt.
- Die in Deutschland immer noch debattenprägende Unterscheidung – ISAF: legitim und nützlich, Enduring Freedom: eher problematisch - ist zunehmend obsolet geworden.

Wer sich als Beschützer ausgibt, aber wie ein Besatzer auftritt, darf sich nicht wundern, wenn ihn sein Gastland ungastlich behandelt.

Zwischenzeitlich klagte selbst der gewählte afghanische Präsident, er würde über die militärischen Aktionen, die ihm den Boden unter den Füßen wegzuziehen drohen, nicht einmal konsultiert. Der Senat in Kabul forderte die Nato im Mai 2007 sogar auf, die Kampfhandlungen einzustellen. Doch beeindruckt hat das niemanden. Offenbar verfügt keine afghanische Instanz über genügend Autorität, ihren Vorstellungen Gehör zu verschaffen, wenn sie den Interessen wichtiger externer Akteure zu wider laufen.

- Die Aussage, Deutschlands Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt, hat sich mittlerweile als eklatante Fehleinschätzung entpuppt. Nach Auffassung aller Geheimdienstexperten erhöht die deutsche Beteiligung am Afghanistankrieg die Gefahr terroristischer Anschläge hierzulande.

Warum also dann in Afghanistan noch weiter bleiben. Der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Lothar Rühl, analysiert das so, dass fünf „strategische Interessen“ Deutschlands Beteiligung am Krieg begründen würden:

1. „Nach der Staatsraison der Bundesrepublik seit 1949 werden die nationalen Interessen euro-atlantisch definiert. Ein Bruch mit USA und Nato würde dieser Staatsraison widersprechen. Die Ausweitung des deutschen Engagements in Afghanistan ist auch als eine politische Kompensation für die Nichtbeteiligung im Irak anzusehen.
2. Die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit deutscher Außenpolitik müssten sich in Afghanistan beweisen.
3. Das deutsche außenpolitische Interesse an einer hervorgehobenen internationalen Rolle schließt militärisches Engagement ein.
4. Um reibungslosen Welthandel und Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten, sind maritime Kapazitäten und schnell bewegliche Flottenpräsenz im Mittelmeer, in der Arabischen See, im Persischen Golf und im Indischen Ozean besonders wichtig. Die EU-Staaten können diese nicht allein herstellen und dauernd einsatzbereit halten. Maritime Sicherheit setzt die Verbindung zu den USA und den US-Streitkräften in der Nato voraus. Die alliierten Seestreitkräfte der NATO sind im deutschen Interesse unersetzlich. Damit sind der Erfolg der Nato in Afghanistan und der Bestand der Allianz ein deutsches strategisches Interesse.
5. Die Lage in Afghanistan hat sich seit Beginn des Einsatzes so weit verschlechtert, dass die Nato nicht einfach einen Schlusstrich ziehen und das Feld räumen kann, ohne eine Katastrophe zu hinterlassen. Deshalb seien mehr Bodentruppen für verstärkte Präsenz und vermehrten Einsatz erforderlich.“

Die deutschen Soldaten kämpfen (und sterben) mittlerweile für das Bündnis mit den USA, für einen Fortbestand der Nato und für mehr politisches Gewicht Deutschlands auf der Weltbühne. Das klingt etwas anders, als die Erzählung von einer Bundeswehr, die als eine Art bewaffnetes Technisches Hilfswerk agiert, im Interesse von Frauenrechten und der Verteidigung der Sicherheit Deutschlands am Hindukusch.

Bleiben wir noch einen Moment bei Lothar Rühl. Der schrieb seinerzeit: „dass auch 2007 weiter höchst unsicher und fragwürdig ist, ob diese selbsttragende Stabilität (die Minister Jung als Voraussetzung für einen Abzug definiert hatte) in absehbarer Zeit zustande kommen kann.“ Die strategische Frage lautet also: „Zwei Jahrzehnte Hindukusch? Freilich müsse man allerdings erkennen, „dass längere Präsenz auch fremder Beschützer schließlich als fremde Besatzung wahrgenommen wird.“

Es sind Zweifel wie diese, die dazu geführt haben, dass die Niederlande und Kanada ihre Truppen 2010 bzw. 2011 endgültig zurückziehen werden. Denn, so der schon zitierte Nato-Admiral Weisser in der Frankfurter Rundschau – und ich will seine Überlegungen ausführlicher zitieren:

„Kanada ist davon überzeugt, dass es sich mit Fug und Recht aus dem Einsatz zurückziehen kann, der mehr als zehn Jahre gedauert haben wird, sehr viel länger als Kanadas Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. Das Unbehagen über eine scheinbar endlose Kampfpräsenz in Afghanistan hat auch in Dänemark und jetzt in Großbritannien zu heftigen Kontroversen geführt.

Der zeitliche Horizont für ein Ende des Afghanistan-Einsatzes gewinnt dadurch aktuelle politische Bedeutung und Gewicht, dass in Washington überlegt wird, Präsident Barack Obama 2012 im Wahlkampf für eine Wiederwahl nicht mit dem Thema Afghanistan zu belasten; außerdem sprechen Haushaltprobleme der USA für eine zeitnahe Lösung. Die USA wollen aber zunächst noch eine nachhaltige Anstrengung unternehmen, in den nächsten zwei Jahren noch so viel wie möglich zu erreichen – bevor sie dann den Abzug einleiten.

In allen Nato-Staaten, die sich kritisch mit der immer auswegloseren Lage in Afghanistan auseinandersetzen, spielen drei Klagen eine zentrale Rolle: Es fehlen eine erfolgversprechende Strategie, Lasten und Risiken zwischen den Nato-Truppenstellern seien ungleich verteilt, der Einsatz werde der Öffentlichkeit insgesamt unzureichend mit häufig wechselnden Begründungen erklärt. Dieser Kernkritik kann sich gerade Deutschland nicht entziehen“.

Ja, so ist es. Und deshalb kann ich Ulrich Weisser nur zustimmen, wenn er feststellt: „Die Deutschen dürfen erwarten, dass ihnen von den Parteien nicht die Aussicht präsentiert wird, noch weitere zehn Jahre einen Krieg zu führen, der in einem Land, das vom Drogenkartell beherrscht und von Katastrophen zerfressen wird, nicht zu gewinnen ist.“ Das sind klare Worte aus dem Munde eines ehemals führenden Militärs.

Und damit liegt der Ball im Feld der Politik und ich begrüße die Bundestagsabgeordneten Wini Nachtwei, Rolf Mützenich und Wolfgang Gehrke ganz herzlich zu unserer Diskussion.

Zu verhindern, dass Afghanistan wieder zum Rückzugsraum einer Terror-Internationale wird, ist ein Anliegen, das alle Parteien teilen. Umso größere Sorgfalt erfordert die Beantwortung der Frage, was diesem Ziel dient und womit man es unterläuft. Und genau das ist die Frage, die hier heute diskutiert werden soll – an diesem 31. August 2009, dem Vorabend des Antikriegstages, an dem sich der deutsche Überfall auf Polen, der Beginn des 2. Weltkrieges zum 20. Mal jährt.

Gewaltverhütung und Rechtsdurchsetzung im Dienste kollektiver Sicherheit müssen an die Stelle von Waffengewalt treten.

Zur Lösung von internationalen Problemen und Konflikten brauchen wir ein erweitertes Konzept kollektiver Sicherheit, das zivile Konfliktbearbeitung, Förderung von Demokratisierungsprozessen, kooperative Entwicklung, Bekämpfung der Armut und den Erhalt der Umwelt umfasst. Nur Systeme der kollektiven Sicherheit stärken Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Dialog der Kulturen und Religionen.

Frieden und Sicherheit können wachsen, wenn das Wettrüsten, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Kleinwaffen, der Einsatz von Landminen, Streubomben und radioaktive Munition im Verhandlungswege unterbunden und Atomwaffen vernichtet werden. Rüstungsexporte sind eine Gefahr für den Frieden und müssen endlich wirksam beschränkt werden.

Frieden und Sicherheit werden weltweit erst tragfähig, wenn eine gerechte und demokratische Weltwirtschaftsordnung allen Menschen die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse auf Nahrung, Wasser, Unterkunft, Kleidung, Gesundheit und Bildung sichert. Für die Lösung der aktuellen internationalen Probleme wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer, kultureller und humanitärer Art brauchen wir eine leistungsstarke internationale Zusammenarbeit unter dem Dach der institutionell zu stärkenden Vereinten Nationen.

Wir wissen aber auch, daß der Weg dahin noch sehr weit und steinig sein wird.